



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
E-Mail: naturschutz@wwf.at
Web: www.wwf.at

Bundesministerium für Finanzen (BMF)
- IV/1 (Steuerpolitik und Abgabenlegistik)

Erght via E-Mail an e-recht@bmf.gv.at sowie online an das Präsidium des Nationalrates

Wien, am 24. März 2026

Stellungnahme zum Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über eine Verbrauchsteuer auf Mineralöl, Kraftstoffe und Heizstoffe (Mineralölsteuergesetz 2022 – MinStG 2022) geändert wird

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben nimmt der WWF (World Wide Fund for Nature) Österreich als anerkannte Umweltschutzorganisation Stellung zur geplanten Änderung des Mineralölsteuergesetzes.

Grundsätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass eine Begutachtungsphase von nur wenigen Tagen eine vertiefte fachliche Auseinandersetzung mit Gesetzesentwürfen wesentlich erschwert und allen guten Regeln der demokratischen Öffentlichkeitsbeteiligung widerspricht. In der Vergangenheit hat sich mehrfach gezeigt, dass ein solches Vorgehen zu fachlich schlechten bis fragwürdigen Gesetzen und Verordnungen führt.

Der WWF bewertet die geplante Reduzierung der Mineralölsteuer angesichts der fortschreitenden Klimakrise sowie der drohenden finanziellen Folgen bei der Nichterreichung der EU-Klimaziele 2030 äußerst kritisch. Forderungen nach einer „Spritpreisbremse“ mögen kurzfristig vermeintlich populär sein, sind aber keine sinnvolle Antwort auf die strukturellen Probleme und hohen fossilen Abhängigkeiten im Verkehr. Zudem dämpft die geplante Steuersenkung den Anreiz zu sparen und könnte somit je nach Verlauf der Energiekrise noch zu einer Verschärfung der Lage beitragen. **Alternativ sollte die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zur Reduktion der Erdölabhängigkeit auf den Weg bringen – darunter eine Energiespar-Offensive sowie prioritäre Investitionen in den öffentlichen Verkehr (Ausbau, bessere Taktung, befristet günstigere Tickets) und für mehr sichere Radwege.** Hier gibt es trotz einiger positiver Schritte in den vergangenen Jahren immer noch ein gewaltiges, bislang brach liegendes Potenzial für Verbesserungen. Das gilt nicht ausschließlich, aber vor allem für den ländlichen Raum.

Anstelle eines forcierten Abbaus umweltschädlicher Subventionen setzt die Bundesregierung mit der geplanten Steuersenkung ein weiteres fragwürdiges Signal. Laut Angaben des WIFO werden derzeit jährlich bis zu 5,7 Milliarden Euro an direkten und indirekten umweltschädlichen Subventionen gewährt, wovon rund 61 Prozent auf den Verkehrssektor entfallen. Dabei dürfte es sich bei der Summe um eine Untergrenze halten, fehlen doch noch maßgebliche Themenbereiche sowie zahlreiche Daten der Bundesländer. Nicht zuletzt hat die aktuelle

Bundesregierung bereits im Jahr 2025 weitere Subventionen mit kontraproduktiver Wirkung auf die Klimaziele beschlossen, darunter die Verdreifachung des Pendler-Euros (von 2 auf 6 Euro pro Kilometer) ab Jänner 2026.

Die im Entwurf geplante Mineralölsteuersenkung lässt die Schlussfolgerung zu, dass die regierende Politik wenig bis nichts aus früheren Energiekrisen gelernt hat, weil sie wieder mit der „Gießkanne“ teurer Steuersenkungen agiert, anstatt gezielt die Wurzeln der fossilen Probleme anzugehen. Im Zuge der Anti-Teuerungsmaßnahmen anlässlich der Energiekrise 2022 hat die damalige Bundesregierung eine Vielzahl an zusätzlichen Förderungen und Steuerbegünstigungen auf den Weg gebracht, die weder treffsicher waren noch zu einer wesentlichen Reduktion der fossilen Abhängigkeit geführt haben. Eine WIFO-Studie¹ zeigt, dass in diesem Zusammenhang zusätzlich 16,9 Milliarden Euro an klimakontraproduktiven Subventionen geflossen sind. Darin wird richtigerweise auch folgendes festgestellt: *„Maßnahmen, die die Kosten der Energienutzung reduzieren, werden ceteris paribus zu einem Anstieg des Energieverbrauchs führen und sind dementsprechend auch als kontraproduktiv in Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele einzustufen, zumal auf die Möglichkeit verzichtet wurde, die Maßnahmen um Energiesparanreize zu ergänzen.“*

Statt einer weiteren klimaschädlichen Subvention sind in allen Sektoren Maßnahmen erforderlich, die direkt beim Energieverbrauch ansetzen, die Nachfrage senken und dadurch Abhängigkeiten sowie Preisdruck reduzieren. Direkte finanzielle Unterstützungen sollten in erster Linie auf einkommensschwache Haushalte begrenzt sein, um Energiearmut zu reduzieren. Laut WIFO haben derartige Zuschüsse nur geringe Auswirkungen auf den Energieverbrauch, da es bei dieser Zielgruppe bereits strukturell Anreize zum Energiesparen gibt.

Öffentliche Mittel sollten gezielt in Maßnahmen gelenkt werden, die sowohl den Energieverbrauch nachhaltig senken als auch die Resilienz gegenüber Klimafolgen stärken. Dazu zählen neben Investitionen in Energieeffizienz und den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien insbesondere auch der Schutz und die Wiederherstellung intakter Ökosysteme. **Natürliche Schutzmaßnahmen** tragen maßgeblich zur Begrenzung von Klimarisiken wie Hochwasser, Dürre und Hitze bei und sind somit ebenfalls ein unverzichtbarer Bestandteil einer wirksamen und langfristig kosteneffizienten Klima- und Energiepolitik.

Aus Sicht des WWF ist eine Kombination aus kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen sowie mittel- und langfristigen strukturellen Reformen notwendig.

Kurzfristige Maßnahmen

In einer Reaktion auf die Folgen des Iran-Kriegs hat die [Internationale Energieagentur \(IEA \) im März 2026 zehn Empfehlungen](#) veröffentlicht, um den Ölverbrauch rasch zu senken bzw. die Folgen der Krise abzumildern. Für Österreich bieten sich zusätzlich die folgenden vier Maßnahmen an:

- **Neue Anreize für Umstieg auf öffentlichen Verkehr schaffen:** In den vergangenen Jahren ist der Preis des Klimatickets um rund 28 Prozent gestiegen. Um ein Signal für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu setzen, sollte die Regierung neben einem besseren Angebot und einer dichteren Taktung auch eine Vergünstigung für Klimatickets umsetzen. Angesichts der aktuellen Entwicklung erscheint es im Übrigen noch fragwürdiger als zuvor, wieso der amtierende Verkehrsminister über die Asfinag Milliarden in neue Schnellstraßen und Autobahnen investieren will, aber den Ausbauplan der ÖBB zusammengestrichen hat.

¹ WIFO Research Briefs, Österreichs Anti-Teuerungsmaßnahmen 2022 bis 2026. Treffsicherheit und ökologische Aspekte (Mai 2023). <https://www.wifo.ac.at/publication/48888>

- **Tempolimits reduzieren:** Allein eine Reduktion der maximal erlaubten Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von Tempo 130 auf 100 kann den Treibstoffverbrauch laut [Umweltbundesamt](#) um bis zu 23 Prozent senken. Weitere Einsparungen würde eine Reduzierung von 100 auf 80 km/h auf Freilandstraßen sowie eine Reduktion von 50 auf 30 km/h im Ortsgebiet bewirken. Niedrigere Geschwindigkeiten würden darüber hinaus die Sicherheit auf den Straßen erhöhen, viele Unfälle entweder ganz vermeiden oder zumindest die Zahl der getöteten und verletzten Menschen reduzieren.
- **Bewusstsein fördern:** Gut gemachte Informationskampagnen können einen wesentlichen Beitrag zu Verhaltensänderungen leisten. Das gilt in der aktuellen Energiekrise insbesondere für das Sparen von Energie bzw. Sprit beim Autofahren oder ein umweltfreundliches persönliches Mobilitätsverhalten.
- **Treffsichere Hilfen:** Finanzielle Hilfen sollten gezielt einkommensschwachen Haushalten sowie besonders betroffenen Unternehmen zugutekommen (befristet, falls dort der akute Bedarf nachgewiesen werden kann bzw. alternative Lösungen vorerst noch nicht verfügbar sind).

Mittel- und langfristige Maßnahmen (Auswahl)

Die aktuelle Energiekrise verdeutlicht die strukturelle Abhängigkeit Österreichs von fossilen Importen aus Krisen- und Konfliktregionen. Um dieses Risiko nachhaltig zu reduzieren, sind umfassende Reformen erforderlich, die hier beispielhaft angeführt sind.

- **Energieverbrauch senken:** Verschärfung des Energieeffizienzgesetzes, verbindlicher Ausstiegsplan aus Öl- und Gasheizungen, Sanierungsrate für Gebäude auf drei Prozent verdoppeln, Wiedereinführung des Sanierungsbonus, Effizienzprogramme für die Industrie sowie eine Mobilitätswende mit beschleunigtem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radwege. Begründung: Eine echte Energiewende setzt zuerst beim Verbrauch an, um die Abhängigkeit von Öl und Gas langfristig zu reduzieren. Jede eingesparte Kilowattstunde reduziert die Importabhängigkeit und den Preisdruck. Daher sollte der energetische Endverbrauch um über 20 Prozent bis 2030 und um 36 Prozent bis 2040 reduziert werden (jeweils gegenüber dem Ausgangsjahr 2020).
- **Erneuerbare Energien naturverträglich ausbauen:** Solarenergie und Windkraft ebenso wie Netze und Speicher bedarfsgerecht ausbauen, auf Basis wissenschaftsbasierter Ausschlusszonen für sensible Lebensräume. Genereller Vorrang von Photovoltaik für Dächer, Parkplätze und versiegelte Flächen statt wertvoller Naturräume. Begründung: Österreich hat vor allem bei der Photovoltaik und der Windkraft große Potenziale, die relativ rasch realisiert werden können, wohingegen die Wasserkraft bereits stark ausgebaut ist. Dort geht es daher um die Modernisierung der Anlagen anstelle eines ungezügelten Verbauens der letzten frei fließenden Flüsse. Generell muss der Ausbau erneuerbarer Energien gut geplant, konsequent naturverträglich und mit direkter Einbindung der Bevölkerung erfolgen.
- **Umweltschädliche Subventionen umschichten:** Bis zu sechs Milliarden Euro pro Jahr werden laut [Klima-Sachstandsbericht](#) für umweltschädliche Subventionen ausgegeben. Diese Mittel sollten schrittweise in klimagerechte Energiespar-, Mobilitäts- und Naturschutz-Maßnahmen umgeschichtet werden. Begründung: das aktuelle Steuer- und Abgabensystem setzt massive Fehlanreize und erschwert bzw. konterkariert den Ausstieg aus fossiler Energie. Gerade in Zeiten knapper Budgets ist die Effektivität der eingesetzten Mittel besonders wichtig.

- **Energiearmut reduzieren:** Statt teurer Gießkannen-Subventionen ohne Lenkungswirkung gezielte, aufeinander abgestimmte Unterstützungen für einkommensschwache Haushalte, darunter zum Beispiel eine erleichterte thermische Sanierung für vulnerable Gruppen, ein sozial gestaffelter Klimabonus, sozial gestaffelte Förderungen für den Heizungsumstieg sowie Direktzuschüsse bei akuten Preisschocks.
- **Naturschutz-Offensive starten, Klimarisiken eindämmen:** Ambitionierte Umsetzung der EU-Renaturierungsverordnung bei Flüssen, Auen, Mooren und Wäldern, samt ausreichender Finanzierung. Stopp der ungezügelter Bodenversiegelung. Begründung: Intakte Ökosysteme zählen zu den besten Verbündeten gegen die steigenden Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise. Sie helfen beim Hochwasserschutz, beim Sichern des Grund- und Trinkwassers, bei der Vorsorge gegen Hitze und Dürre, um nur einige Beispiele zu nennen. Zugleich ist der Schutz der Biodiversität seit Jahrzehnten unterfinanziert, benötigt daher dringend zusätzliche Investitionen.

In diesem Sinne empfiehlt der WWF, die dargelegten Vorschläge im Rahmen eines umfangreichen Maßnahmenpakets gegen die Ursachen und Folgen der aktuellen Entwicklung zu berücksichtigen. Prävention statt Populismus sollte das grundlegende Motto einer wirksamen Krisenbewältigung sein.

Mit freundlichen Grüßen

Viktoria Auer

Klimaschutz & Energie
WWF (World Wide Fund for Nature) Österreich